

120

Liebe Genossinnen und Genossen.

Nach einer kleinen Pause, die den beiden Ausgaben während des letzten Monats der Landtagswahl 2017 geschuldet war, nun viel Spaß beim Lesen unseres Rundbriefs für April 2017.

Mit solidarischen Grüßen
Andreas Neumann
Landesgeschäftsführer DIE LINKE. Saar

**Termintipp: Wie weiter mit der Türkei?,
Seite 4**

**Wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt,
Lesetipp von Hans Kiechle,
Seite 7**

Die Osterferien neigen sich dem Ende zu. Am 25. April 2017 startet die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin.

Die letzten Abstimmungen aus saarländischer Sicht:

Klares NEIN zur PKW-Maut

Klares JA zur Transparenz von Entgeltstrukturen

Klares NEIN zum Bundeswehreinsatz in Somalia



Bild: Thomas Lutze, Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort Obmann der Ausschüsse für Wirtschaft und Energie sowie Tourismus. Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur.

TERMINKALENDER // AUSZUG

21. APRIL 2017 - fds Saar Reformertreff, Saarbrücken, N11, 18-19 Uhr

26. APRIL 2017 - WIE WEITER MIT DER TÜRKEI?, Saarbrücken, VHS-Zentrum Saarbrücken, Am Schlossplatz 2, 18:00 - 21:00 Uhr.

29. APRIL 2017 - Ortsverband Malstatt: Teilnahme am Stadtteilfest "Molschder Frühling", Saarbrücken, Pariser Platz, 11-17 Uhr

3. MAI 2017 - Bürgersprechstunde mit Thomas Lutze (MdB), Neunkirchen, Bürgerbüro, Bahnhofstr. 9, 10-13 Uhr.

3. MAI 2017 - Bürgersprechstunde mit Thomas Lutze (MdB), Saarbrücken, Bürgerbüro N11, Nauwieserstr. 11, 14-17 Uhr.

4. MAI 2017 - Sitzung LAG Drogenpolitik, Saarbrücken, Fraktionsraum DIE LINKE, Landtag, Fr.-Josef-Röder-Str., 18 Uhr.

7. MAI 2017 - Mitgliederversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl, Saarbrücken, Sporthalle Klarenthal, Schulweg, 10 Uhr.

8. MAI 2017 - Vorstandssitzung Ortsverband St. Johann, Saarbrücken, Bürgerbüro N11, Nauwieserstr. 11, 18:30 Uhr.

18. MAI 2017 - fds Saar, PolBi „Verständlich schreiben“, Neunkirchen, Bahnhofstr. 9, 18 Uhr.

25. MAI 2017 - LAG-Freizeit: Wanderung mit anschließendem Schwenken, Saarbrücken, Im Weiherbachtal, Parkplatz „Burbacher Waldweiher“, 11 Uhr.

Veröffentlichungen im Rundbrief - Eigene Themeneinsendungen bitte an andreas.neumann@dielinke-saar.de schicken. Texte bitte als reiner E-Mail-Text oder als RTF-, ODT- oder Word-Format. Bilder bitte als JPG oder PNG. Hinweis: Da der Rundbrief unregelmäßig als PDF via E-Mail erscheint, ist er für kurzfristige Mitteilung somit eher ungeeignet. Die Texte werden selbstverständlich unter Namensnennung veröffentlicht.

Bundesparteitag - Die 2. Tagung des 5. Parteitags der LINKEN findet vom 9. bis 11. Juni 2017 in Hannover statt. Im Mittelpunkt des Parteitags wird die Beratung und Beschlussfassung zum Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen am 24. September 2017 stehen. Tagungsort: Hannover Congress Centrum, Theodor-Heuss-Platz 1-3, 30175 Hannover.

Help-Line Berg- und Grubenwasserschäden - Ansprechpartner: Hans Kiechle (Vorsitzender DIE LINKE. Saarwellingen) - Brunnenstr. 41, 66793 Saarwellingen-Reisbach. E-Mail: hanskiechle@web.de . Telefon: **06838 4997**.

Hans Kiechle: „Die Grubenwasserproblematik betrifft ca. 600.000 Menschen im Saarland. Es wird mit Hebungen gerechnet, eine Beeinträchtigung des Grundwassers kann derzeit nicht ausgeschlossen werden. Ich plädiere zudem für die Planung und Errichtung eines energieeffizienten Pumpspeicherkraftwerks in Saarwellingen, Nordschacht. Neue Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sind dadurch möglich. Hinzu kommt, zur Energiewende würden weniger Windkraftanlagen im Kreis Saarlouis gebraucht.“

linksjugend [´solid] Kreisverband Saarbrücken - Nächste Bürgersprechstunde der linksjugend [´solid] KV Saarbrücken am 15.5.2017, ab 18 Uhr. - Die linksjugend bietet monatlich eine Bürgersprechstunde, gerne auch als Jugendforum ausgestaltet, an. Diese findet in der Nauwieser Str. 11, 66111 Saarbrücken, statt. Die Genossen bitten um eine kurze Ankündigung für die reguläre Bürgersprechstunde im Vorfeld, damit wirklich Einzelgespräche mit dem richtigen Ansprechpartner auf ihrer Seite angeboten werden können. Bitte einfache eine E-Mail an info@dielinke-solid.de schicken. Online: www.dielinke-solid.de

Termine, Stand 18.4.2017. Termineinsendungen bitte an redaktion@dielinke-saar.de. Die Termine findest Du immer tagesaktuell auf www.dielinke-saar.de.

PolBi-Veranstaltung „Verständlich schreiben“, am 18. Mai 2017, B9, Neunkirchen, 18 Uhr.

Lange und kompliziert verfasste Texte sind selten einprägsam und häufig unverständlich. Klare Botschaften hingegen erreichen ihr Ziel. Die Inhalte bleiben bei den Lesern hängen.

Kleine Prüfliste:

Ansprüche an Art und Stil des Textes? Sicherlich.

Stets auf den Punkt gebracht? Meistens. Seriös, manchmal lustig? Es passt.

Einprägsam, aufrüttelnd, erklärend? Zielgruppenorientiert.

Verständlich? Auf jeden Fall!

POLITISCHE WEITERBILDUNG 2017
1102 GINGNIBREITEN EHSSTILOP

**VERSTÄNDLICH
SCHREIBEN**

18. MAI 2017, B9, NEUNKIRCHEN, 18 UHR

fds
SAAR
www.fds-saar.de

Thomas Lutze (Mitglied des Deutschen Bundestages, DIE LINKE.)

Beginn der Motorrad-Saison: Unterfahrschutz verbindlich vorschreiben und installieren

„Mit dem Frühlingswetter beginnt die Motorrad-Saison. Leider werden auch in diesem Jahr hunderte Motorradfahrer ihr Leben auf den Straßen lassen“, mahnt Thomas Lutze, Mitglied im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages und Berichterstatter der Linksfraktion für Verkehrssicherheit. Lutze weiter: „Eine große Gefahr für Motorradfahrer lauert dabei am Straßenrand: Die Pfosten der Leitplanken, die PKW in der Spur halten, werden für gestürzte Motorradfahrer schnell zur Todesfalle. DIE LINKE fordert deshalb die Installation von wirksamen Unterfahrschutz-Sicherungssystemen an allen potentiellen Gefahrenstellen. Derzeit geschieht dies in der Regel erst dann, wenn es der Stelle bereits zu Toten gekommen ist. Hier muss es dringend zu einer Verständigung des Bundes mit den Ländern kommen, damit in allen Kurven und Gefahrenstellen die Leitplanken für Motorradfahrer entschärft werden.“ Unter den über 3.000 Verkehrstoten des Jahres 2016 befanden sich über 500 Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der getöteten Motorradfahrer bei einem allgemeinen Rückgang der Verkehrstoten bundesweit sogar noch gestiegen.

„Im Saarland erlitten 2016 elf Nutzer_innen motorisierter Krafträder tödliche Verletzungen, 147 Nutzer_innen wurden schwer und 386 Nutzer_innen leicht verletzt“. Dies sind die Zahlen der „polizeilichen Verkehrsunfall-Statistik“ im Saarland. Leider findet man in dieser sehr detaillierten Aufstellung keine konkreten Zahlen, wodurch Motorradfahrer zu Schaden gekommen sind oder getötet wurden.

Ergänzender Hinweis: Politisch betrachtet macht eine klare Tren-



nung in bundesweit und saarländisch wenig Sinn, da es z.B. auch möglich ist, dass saarländische Motorradfahrer in anderen Bundesländern verunglücken.

Thomas Lutze (Mitglied des Deutschen Bundestages, DIE LINKE.)

PKW-Maut ist unsinnig

Selten wurde im Bundestag ein solches unsinniges Projekt durchgepeitscht wie dieses. Mit einer Maut-Vignette sollen alle Autofahrer eine zusätzliche Abgabe bezahlen, mit deren Einnahmen die Verkehrsinfrastruktur zusätzlich finanziert werden soll. Ob aber tatsächlich mehr Geld in die Kassen kommt, bezweifeln viele Sachverständige und Experten. Ebenso ungewiss ist die Frage, ob diese Maut mit dem EU-Recht vereinbar ist. Hintergrund ist der Sachverhalt, dass deutsche Autofahrer einen Teil der Mehrkosten durch die Senkung der KFZ-Steuer erlassen bekommen. Viel Wirbel löste auch Sonderregelungen für grenznahe Bereiche aus. Hier wollten die betroffenen Bundesländer erreichen, dass in bestimmten grenznahen Gebieten keine Maut fällig wird, damit Grenzgänger und der Einzelhandel nicht benachteiligt werden. Doch allen Sachargumente zum trotz zog die Regierungskoalition ihr Vorhaben durch, auch wenn

einzelne Abgeordnete der SPD dagegen stimmten und einige CDU-Abgeordnete lieber 100 Euro Strafe für Nichtteilnahme an einer namentlichen Abstimmung in Kauf nahmen. Fazit: Bevor die Maut in Kraft tritt, wird es noch rechtliche Überprüfungen geben.

Thomas Lutze (Mitglied des Deutschen Bundestages, DIE LINKE.)

Blitzer-Marathon ist sinnfreier Aktionismus

Nach Ansicht des saarländischen Bundestagsabgeordneten Thomas Lutze, Mitglied des Verkehrsausschusses und Berichterstatter der Linksfraktion für Verkehrssicherheit, ist der für morgen landesweit angekündigte „Blitzer-Marathon“ nicht viel mehr als Aktionismus. Lutze: „Geschwindigkeitskontrollen des Straßenverkehrs sind notwendige Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Doch anstatt flächendeckend Radarfallen aufzustellen, müsste direkt nach der Feststellung der Geschwindigkeitsüberschreitung das Fahrzeug gestoppt und mit dem Verkehrsteilnehmer gesprochen werden. Dafür braucht man natürlich Personal, was bekannt Mangelware ist. Durch Aufklärung, ernste Gespräche und möglicherweise dem direkten Entzug der Fahrerlaubnis bei gravierenden Verstößen erreicht man langfristig mehr. Mit einem angekündigten Blitzer-marathon wird für die Verkehrssicherheit nur wenig getan, außer dass am Folgetag statistisches Zahlenmaterial veröffentlicht werden kann.“



„sinnfreier Aktionismus“

WIE WEITER MIT DER TÜRKEI?



Mittwoch, 26. April 18:00 - 21:00 Uhr, VHS-Zentrum Saarbrücken, Am Schlossplatz 2, 66119 Saarbrücken.

Politiker aus der Türkei in Saarbrücken - Das Türkei-Referendum über die Einführung des Präsidentsystems stellt einen Wendepunkt in der türkischen Geschichte dar. Nicht weniger als die Etablierung einer Autokratie unter Führung von Recep Tayyip Erdogan steht bevor. Als erste Maßnahme hat er die Wiedereinführung der Todesstrafe angekündigt. Dass er mit dieser Maßnahme weniger Kapitalverbrecher, sondern tatsächliche oder eingebildete politische Gegner im Auge hat, liegt auf der Hand. Bundesregierung und Europäische Union „reagieren“ so, wie in der Vergangenheit: Kuscheln mit Diktatoren weil man meint sie zu brauchen. Doch selbst bei einer Ablehnung des Referendums würde die Türkei auf eine Diktatur zusteuern. Zu viele Grundrechte wurden in den letzten Jahren eingeschränkt oder ganz abgeschafft. Dies betrifft vor allem Kurden und Frauen.



Stellvertretend für beide Gruppen werden der langjährige kurdische Oppositionspolitiker Hatip Dicle und die feministische Aktivistin Sibel Schick am Mittwoch, 26. April auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung/Peter-Imandt-Gesellschaft in Saarbrücken einen tieferen Einblick auf die aktuellen Entwicklungen in der Türkei nach dem knappen „Evet“ (Ja) geben.

Dicle selbst war viele Jahre in der Türkei inhaftiert. Bekannt wurde Dicle auch in Deutschland, als ihm 2010 wegen eines „Propagandadeliktes“ das Parlamentsmandat entzogen wurde und dafür eine Kandidatin von Erdogans Regierungspartei AKP nachrückte.

Sibel Schick, in der Türkei geboren und aufgewachsen, ist Journalistin und setzt sich in ihrer alten Heimat für die Rechte von Frauen ein.

Kooperationspartner ist die AKTION 3. WELT SAAR. Eintritt frei.



Bild: „Ostermarsch in Saarbrücken mit vielen Linken Mitgliedern. Unser Bundestagsabgeordneter Thomas Lutze hält das Grußwort.“, fb, 15. April 2017, M. Both.

Unter dem Motto „Macht Frieden. Für eine Welt ohne Krieg, Militär und Gewalt!“ demonstrierten rund 250 Menschen in Saarbrücken beim diesjährigen Ostermarsch. Dieser wurde wie gewohnt von der saarländischen Friedensbewegung, dem DGB und weiteren 20 Organisationen unterstützt. Linke Fahnen sah man reichlich. Der Demonstrationszug ging von der Johanneskirche zum St. Johanner Markt. Dort fand die Abschlusskundgebung statt. Die Themen waren den neusten Ereignissen geschuldet: die deutlich wahrnehmbare Spannung zwischen Nato und Russland, die Lage im Nahen Osten und die Situation in Ostasien. Eskalation statt Entspannungspolitik und eine Bundesregierung die auf konsequente Aufrüstung der Bundeswehr setzt und deren Einsatz im Inneren sowie im Ausland plant.

Andreas Neumann

Arbeitsmarktstatistik schöngefärbt

„Die Qualität der Statistik der Bundesagentur für Arbeit für den Berichtsmonat März 2017 ist wie gewohnt schlecht. Veränderung zum Vorjahresmonat statt zum Vormonat, keine Entwicklungsprognose für den Folge-monat und kryptisch sowie unvollständig wie gehabt: so sucht man auch in diesem Bericht die Saarländer in Hartz - IV, die arbeitssuchenden „erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“, die arbeitslos gemeldeten Personen in einer Kündigungsfrist und die Selbstständigen auf Anstellungssuche vergeblich.“, kritisiert Andreas Neumann, Landesgeschäftsführer der Saar-Linken. Die offiziell ausgewiesenen Zahlen -

36.058 Saarländern in SGB II und III und 55.649 in Unterbeschäftigung - ergeben noch immer 92.504 Saarländer in prekären Einkommenssituationen. Eine „Erfolgssumme“ von immerhin 38 Personen zum Vormonat, wobei man nur hoffen kann, dass diese jetzt nicht zu einer der oben angeführten und nicht gezählten Gruppen gehören. Diese nicht bezifferte Gruppe wird schließlich grundsätzlich nicht in dieser Statistik abgebildet. Neumann weiter: „Der Sinn dieser Arbeitsmarktstatistik scheint primär die Schönfärberei zu sein. Äußerst unproduktiv zum Lösen der Probleme.“

Barbara Spaniol (MdL)

G9 auch an einzelnen Gymnasien ermöglichen - Gemeinschaftsschulen stärken

DIE LINKE im Saarländischen Landtag fordert CDU und SPD im Land auf, an einzelnen Gymnasien die Möglichkeit für ein Abitur nach neun Jahren (G9) zu schaffen und die Gemeinschaftsschulen gleichzeitig zu stärken.

Die bildungspolitische Sprecherin Barbara Spaniol erklärt: „Die Eltern-Initiative hat erfolgreich Unterschriften gesammelt, ein Volksbegehren läuft. Der Wunsch nach einer Wahlmöglichkeit am Gymnasium ist also da. Das dürfen die Regierungsparteien nicht länger ignorieren. Zumal in anderen Bundesländern dieser Weg längst beschritten wird.

Gleichzeitig müssen deutlich mehr Gemeinschaftsschulen eine eigene gymnasiale Oberstufe bekommen, damit sie wirklich Augenhöhe mit dem G8-Gymnasium erreichen können. Dann wird man ja sehen, ob die

Saarländerinnen und Saarländer sich mehrheitlich für G8 oder G9 entscheiden.“

LAG Tierschutz, Andrea Neumann

Zootiere sind kein Spielzeug - sie sind Lebewesen!

Laut Wikipedia dienen Zoos „der Bildung, Forschung, Erholung und dem Naturschutz, zum Beispiel durch Nachzucht seltener Tiere und deren Auswilderung“.

Laut § 42 Bundesnaturschutzgesetz sind Zoos „dauerhafte Einrichtung, in der lebende Tiere wild lebender Arten zwecks Zurschaustellung während eines Zeitraumes von mindestens sieben Tagen im Jahr gehalten werden“; nicht als Zoo gelten gem. §42 (1)(2) Zirkusse und Tierhandlungen und es werden in §42 (3) sehr klare Auflagen an einen Zoo formuliert. Wenn der Direktor des Hannover Zoos, Herr Andreas Casdorff, davon berichtet, dass vor drei Jahren die Elefantenshows abgeschafft wurden und das ein Training mit Elefantenhaken für die Herstellung einer ‚direkten‘ Mensch-Tier-Beziehung notwendig sei, dann muss die Erfüllung der rechtlichen Rahmenbedingungen durch diesen Zoo ernsthaft auf den Prüfstand.

Die Umstellung auf den indirekten, artgerechten Kontakt - von den meisten Zoos schon umgesetzt - fordere größere Umbaumaßnahmen, so der Zoodirektor Casdorff. „Versucht der Direktor durch Investitionsversäumnisse der letzten Dekaden hier ernsthaft das Quälen und Traktieren der Elefanten für zirkusähnliche Kunststückchen zu rechtfertigen?

Dann hat er weder die klaren Aufträge und Auflagen an einen Zoo und die simpelsten Tierschutzregelungen offensichtlich nicht verstanden oder meint sich nicht daran halten zu müssen.“, so die landespolitische Sprecherin für Tierschutz und Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Tierschutz, Andrea Neumann.

Und weiter: „Sollten sich die hier vorgebrachten Vorwürfe von Peta und durch den Deutschen Tierschutzbund bewahrheiten, kann es nur zwei Konsequenzen geben: einmal die Entlassung des Direktors und zum anderen die zeitnahe Umsetzung aller notwendigen Baumaßnahmen. Es geht hier um das Wohl von Lebewesen.“

Sozial. Gerecht. Für alle - konkret



Viel ist die Rede von sozialer Gerechtigkeit. Aber selten wird klar gesagt, was gemeint ist, was notwendig ist, wer etwas davon hat und wer dafür stärker belastet werden muss. DIE LINKE will eine Gerechtigkeitswende. Die gibt es nicht zum Nulltarif, nicht für warme Worte und nicht ohne Konflikt mit Konzernen, Superreichen und ihren politischen Verbündeten. DIE LINKE hat ein Programm für soziale Gerechtigkeit, das machbar und durchgerechnet ist. Der Alltag der meisten Menschen würde damit leichter: weniger Druck in der Arbeit und weniger Angst, nicht über den Monat zu kommen. Wir wollen eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Gute Arbeit und soziale Garantien des Lebens. Wir erhöhen den Mindestlohn auf 12 Euro. Befristungen ohne sachlichen Grund, Leiharbeit und den Missbrauch von Werkverträgen werden wir abschaffen. Statt unfreiwilliger Teilzeit für die einen und Überstunden für die anderen wollen wir eine kürzere Vollzeit für alle. Je nach Lebensplanung um die 30 Stunden. Hartz IV ersetzen wir durch eine Mindestsicherung von 1050 Euro ohne Sanktionen. Das Arbeitslosengeld I muss länger und schneller bezogen werden können.

Gute Rente muss armutsfest sein und den Lebensstandard sichern. Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent hoch. Für einen „Durchschnittsrentner“ bedeutet das 130 Euro im Monat mehr. Die Ostrenten gleichen wir sofort an die Westrenten an. Zeiten im

Niedriglohn wollen wir hochwerten: Für eine Verkäuferin wären das 270 Euro im Monat mehr.

Wer unter 1050 Euro Rente hat, wird mit einer Solidarischen Mindestrente aufgestockt.

Wir belasten hohe Einkommen stärker, um die unteren und mittleren zu entlasten. Alle, die (alleinstehend, Steuerklasse 1) weniger als 7100 Euro brutto im Monat verdienen, werden entlastet: Wer 1700 Euro hat, behält 130 Euro mehr, wer 3400 Euro verdient, behält 215 Euro mehr. Dafür belasten wir hohe Einkommen und Managergehälter mit höheren Sätzen. Den Billigtarif für die Versteuerung von Kapitalerträgen (Abgeltungsteuer) schaffen wir ab.

Für alle ist genug da, wenn alle genug beisteuern. Wir wollen eine Vermögensteuer von 5 Prozent ab der zweiten Million Euro Vermögen einführen. Wir investieren in gute Schulen, Kitas und Krankenhäuser. Wir verbessern den Öffentlichen Nahverkehr und unterstützen die Kommunen. Wir schaffen einen Neustart im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau.

Mieterhöhungen stoppen. Die Miete in Milieuschutzgebieten begrenzen wir auf 8,50 Euro. Darunter liegende Mieten werden eingefroren. Wir schaffen jährlich 250 000 neue Wohnungen im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Keine Spekulation mit Wohnraum! Immobilienfonds wollen wir die Zulassung entziehen.

Kinderarmut bekämpfen. Wir erhöhen das Kindergeld sofort auf 328 Euro. Bil-

dung machen wir von der Kita bis zur Uni gebührenfrei. In Schule und Kita wird kostenfreies gesundes Mittagessen angeboten. Kinder sollen in Bus und Bahn freie Fahrt haben. Bis dahin schützt eine Kindergrundsicherung von 564 Euro alle Kinder und Jugendlichen sicher vor Armut.

Schluss mit der 2-Klassen-Medizin. Wir schaffen eine Solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle mit allen Einkommen einzahlen. Arbeitgeber und Beschäftigte tragen die Beiträge zu gleichen Teilen. Die Beiträge werden billiger, die Zuzahlungen für Medikamente, Brillen und Zahnersatz entfallen. Pflege darf nicht arm machen: Wir schaffen eine solidarische Pflegeversicherung, in die nicht zugezahlt werden muss. Alle können gut und nah am Wohnort gepflegt werden.

Frieden gibt es nur mit Abrüstung. Wir wollen Waffenexporte verbieten und Fluchtursachen bekämpfen. Die Bundeswehr darf nicht in Auslandseinsätze geschickt werden. Die Bundesregierung plant die Ausgaben fürs Militär um 25 Milliarden aufzustocken - wir wollen 10 Milliarden einsparen.

Klima oder Kapitalismus retten? Globale Gerechtigkeit! Wir wollen einen Neustart der Europäischen Union: friedlich, sozial, demokratisch. Die unsoziale Kürzungspolitik in Europa und die Freihandelsverträge wie TTIP, TISA und CETA werden wir beenden. Wir wollen fairen Handel und eine gerechte Entwicklungspolitik statt Freihandel. Wir streiten für eine soziale und nachhaltige Energiewende, die Umwelt und Ressourcen schont.

Parteivorstand der Partei DIE LINKE
V.i.S.d.P. Matthias Höhn

REFUGEES WELCOME



Facebook: lagantirassismus
lagqueer.politik-wechsel-jetzt.de



LESETIPP: HARTZ-IV-BROSCHÜRE



DIE LINKE kämpft für grundlegende politische Veränderungen und ist gleichzeitig Kümmererpartei: konkret im Alltag und vor Ort.

Viele Menschen geraten in eine prekäre Lage und brauchen Rat und Hilfe: Das Jobcenter verlangt die Ausfüllung eines Wusts von Formularen bei der Hartz-IV-Antragstellung, der Vermieter erhöht die Miete nach Modernisierung der Wohnung, Alleinerziehende kennen ihre Rechte und Ansprüche nicht... **DIE LINKE** und ihre Abgeordneten unterstützen Menschen in schwierigen Situationen, durch eigene Angebote, in Kooperation mit Vereinen, Selbsthilfegruppen oder Rechtsanwälten und stellen sich an die Seite der Betroffenen.

Bundesweit bieten etwa 90 Kreisverbände verschiedene kostenlose Angebote: Sozial- bzw./und Hartz-IV-Sprechstunden, Angebote zu Asylberatung, Mieten- und Familienhilfe.

Hans Kiechle, OV-Vorsitzender Saarwellingen

Broschüre öffnen mit Klick auf das Bild oder hier der Direktlink:

https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/Broschuere_HartzIV_2017.pdf

Mehr von euch ist besser für Alle.



In unseren Krankenhäusern muss immer weniger Pflegepersonal immer mehr Patientinnen und Patienten versorgen – in immer kürzerer Zeit. Die Ursache: Krankenhäuser werden mehr und mehr wie Unternehmen geführt. Die Finanzierung durch Krankenkassen und Länder deckt den Bedarf nicht. Privaten Kliniken geht es vor allem um Profite. Leidtragende sind die Patientinnen und Patienten sowie die Beschäftigten. **Insgesamt fehlen in Deutschland 100 000 Pflegekräfte**, zudem Ärzte und technisches Personal.

Wir wollen, dass die Pflege in der Gesellschaft besser anerkannt wird: Dafür muss sie besser bezahlt werden. Schluss mit Befristungen und Leiharbeit. Mehr Pflegekräfte heißt auch: weniger Stress bei der Arbeit. Auszubildende dürfen nicht auf den Personalschlüssel angerechnet oder als Reserve für Nachtschichten genutzt werden. Und die Ausbildung muss attraktiver werden. Anfang des Jahres hat das Bundeskabinett eine Reform der Pflegeberufe beschlossen. Die Ausbildung soll vereinheitlicht werden. Doch das reicht nicht.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Wir wollen eine vergütete duale Ausbildung. Zwei Jahre soll die Ausbildung aller Pflegeberufe gemeinsam erfolgen, im letzten Jahr gibt es eine Spezialisierung. Schließlich ist Kinder- und Altenpflege nicht dasselbe.
- Wir wollen, dass gesetzlich festgelegt wird, wie viele Pflegekräfte mindestens pro Patient zur Verfügung stehen müssen. Das bedeutet: Eine gesetzliche Personalbemessung.

- Für eine angemessene Versorgung fehlen derzeit 100 000 Pflegekräfte! Die Stellen müssen bundesweit geschaffen, frei stehende Stellen sofort besetzt werden.
- Krankenhäuser in öffentlicher Hand: Statt sie kaputt zu kürzen, müssen Kliniken bedarfsgerecht finanziert werden!

DIE LINKE kämpft gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di für bessere Arbeitsbedingungen und weniger Stress für die Beschäftigten. Und für eine bessere Ausbildung.

Denn: Mehr Personal im Krankenhaus ist besser für Alle. Das muss drin sein.

LINKS im Krankenhaus

Um für eine bessere Personalsituation in Krankenhäusern zu kämpfen, laden wir alle Beschäftigten ein, nicht nur in der Gewerkschaft aktiv zu werden, sondern sich auch mit uns zu vernetzen. Einfach Kontakt zum Netzwerk »LINKS im Krankenhaus« aufnehmen:
das-muss-drin-sein@die-linke.de

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel.: 030/24009999, Fax: 030/24009541
partei.vorstand@die-linke.de
www.das-muss-drin-sein.de
V.i.S.d.P. Matthias Höhn

Gregor Gysi

Giftgas in Syrien: Aufklärung durch die UNO dringend nötig

Zum mutmaßlichen Giftgas-Angriff in Syrien erklärt sich Gregor Gysi, Präsident der Europäischen Linken (EL): Die Verbreitung von Giftgas in Syrien ist für die Betroffenen eine Katastrophe. Sie wird von uns auf das Schärfste verurteilt. Aufklärung durch die UNO ist dringend nötig. Entweder war es ein Giftgasangriff, dann muss es irgendwann gelingen, die Verantwortlichen wegen eines Kriegsverbrechens zur Verantwortung zu ziehen. Oder es wurde eine Giftgasfabrik bombardiert, in der nicht Syrische Regierungstruppen, sondern andere Truppen Giftgas probierten. Dann sind auch diese scharf zu kritisieren, und zur Verantwortung zu ziehen. Eines wird aber deutlich: es muss endlich Kompromisse geben, die den Frieden in Syrien so schnell wie möglich herbeiführen. Niemand darf auf seinem Ausgangspunkt bestehen. Die beteiligten Länder müssen aufeinander zugehen und den sinnlosen bewaffneten Kampf im Interesse der syrischen Bevölkerung beenden.

Ralf Georgi (MdL)

Land muss notleidende Tierheime unterstützen

Nachdem drei der vier saarländischen Tierheime laut Tierschutzbericht finanziell unterversorgt sind, fordert DIE LINKE im Saarländischen Landtag CDU und SPD auf, für eine angemessene Finanzausstattung zu sorgen. Der tierschutzpolitische Sprecher Ralf Georgi erklärt: „Mittelfristig ist natürlich der Bund in der Pflicht. Er muss dafür sorgen, dass die Kommunen vor Ort auch die Tierheime finanziell absichern können. Solange dies nicht geschieht, muss das Land einspringen. Der Tierschutz ist eine Verpflichtung unserer Verfassung, deshalb müssen auch die Einrichtungen, die im Sinne des Tierschutzes arbeiten, mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden.“

Barbara Spaniol (MdL)

Mehr Geld für Bildung

DIE LINKE im Saarländischen Landtag unterstützt die Forderung der Elternvertretungen nach mehr Investitionen in die Bildung. Die bildungspolitische Sprecherin Barbara Spaniol erklärt:

„Die CDU-geführten Regierungen der vergangenen Jahre haben dafür gesorgt, dass immer weniger in Bildung und Infrastruktur investiert worden ist. Das ist unverantwortlich. Dass sich ein Haushaltsnotlage-Land nicht überall mehr leisten kann als die anderen Länder, ist klar. Ein Land mitten im Strukturwandel, das Einwohner verliert, darf aber auch nicht weniger für seine Schulen und seine Universität ausgeben als die anderen. Sonst fällt unser Land noch einmal zurück. Zusätzliche Aufgaben wie die richtige Inklusion können auch nur gelingen, wenn dafür zusätzliches Fach-Personal an den Schulen eingesetzt wird. Dazu gehören mehr Sonderpädagogen, Sozialarbeiter und Psychologen. Dann steigt auch die Motivation zur Umsetzung der inklusiven Schule. Um dies finanzieren zu können, muss das Saarland sich auf Bundesebene für eine bessere Einnahme-Situation durch eine gerechte Besteuerung von Millionen-Einkommen, -Vermögen und -Erschaften einsetzen. Hier müssen CDU und SPD endlich ihre Blockadehaltung aufgeben.“

Dietmar Bartsch(MdB)

Zu den jüngst veröffentlichten Zahlen zur Kinderarmut in Deutschland erklärt Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

„In Deutschland leben mehr als zwei Millionen Kinder in Armut und sind auf staatliche Grundsicherung angewiesen. Das sind trotz des anhaltenden Aufschwungs 3,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit von Eltern ist ein wesentlicher Grund dafür, dass Kinder dauerhaft auf Grundsicherung angewiesen sind. Das Ausmaß an Kinderarmut in Deutschland ist eine Schande. Seit Jahren fördern alle Bundesregierungen Billigjobs, anstatt die Menschen in dauerhafte und gut bezahlte Arbeit zu bringen. Seit Jahren werden die Erwerbslosenzahlen durch die Bundesagentur für Arbeit Monat für Monat frisiert, anstatt dass man Menschen aus Langzeitarbeitslosigkeit holt. Trotz des obszönen Reichtums einiger weniger und sprudelnder Konzernprofite ist Deutschland nach drei Merkel-Regierungen für einige zu einem Armenhaus und Armut zur Erbkrankheit geworden. Dass die Bundesregierung in ihrem sogenannten Armuts- und Reichtumsbericht das

tatsächliche Ausmaß von Armut verschleiert, zeigt, dass CDU, CSU und SPD der gemeinsame politische Wille zur Bekämpfung von Armut fehlt. Auch deshalb muss die Merkel-Koalition im September in die Opposition geschickt werden.“

Umfrage Bundestagswahl, 19.4.2017, INSA

CDU/CSU	34%
SPD	30.5%
Grüne	6%
FDP	6.5%
DIE LINKE.	9%
AfD	10%
Sonstige	4%
Groko:	64.5%, R2G: 45.5%, Ampel
SPD/FDP/Grüne:	43%

Online:

www.thomas-lutze.de



Thomas Lutze, MdB
UNSER SAARLÄNDISCHER
VERTRETER IM BUNDESTAG
DIE LINKE.

Im Saarland unterhält unser saarländischer Vertreter im Deutschen Bundestag, MdB Thomas Lutze, zwei Bürgerbüros.

Bürgerbüro Saarbrücken • Nauwieser Straße 11, 66111 Saarbrücken • Telefon: (0681) 755 908 05 • E-Mail: saarbruecken@thomas-lutze.de

Bürgerbüro Neunkirchen • Bahnhofstraße 9, 66538 Neunkirchen • Telefon: (06821) 943 200 1 • E-Mail: neunkirchen@thomas-lutze.de

Raum gesucht? Unsere Landesgeschäftsstelle bietet sich für Parteiveranstaltung einfach an - Wir bieten allen Parteigruppierungen und -organen gerne eine Nutzung der LGSt. an. Bitte schreibt eine E-Mail an den Landesgeschäftsführer (LGF), damit die LGSt. rechtzeitig reserviert werden kann. Den Belegungsplan findet Du unter www.dielinke-saar.de (Partei>LGSt.). Den LGF erreichst Du direkt unter: andreas.neumann@dielinke-saar.de, Telefon: 0681 51765. Sowie Mo, Di, Fr, 9-11 Uhr, vor Ort. Die Öffnungszeiten der LGSt. solltest Du durch einen vorherigen Anruf (0681 51 77 5) abklären, da wir größtenteils ehrenamtlich arbeiten.